rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionären jugend

Eigentümer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) Herausgeber und Verleger Alfred Jocha; alle 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P b b Verlags postamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien

VRA*

Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Wenn ein »Fachmann« von der Arbeit träumt





„Kauf — und wirf es weg!" lautete der Leitsatz der kapitalistischen Wirtschaft. Das heißt, die Unternehmer waren bemüht, möglichst viele und möglichst minderwertige Waren zu verkaufen, denn mehr Umsatz brachte mehr Profit. Und so kam es, daß heute etwa ein Automobil so konstruiert ist, daß es nach längstens fünf Jahren fast schon von selber auseinanderfällt, und selbst eine so alltägliche Ware wie eine Damenstrumpfhose ist derart miserabel, daß womöglich schon beim ersten Anziehen die Laufmaschen an ihr hochklettern.

Aber jetzt ist man draufgekommen, daß die durch jahrzehntelangen Raubbau malträtierten Rohstoffquellen zu versiegen drohen. Außerdem hat die zwar profitable, ansonsten aber mörderische Überproduktion bereits sosehr die Umwelt verschmutzt, daß die Luft zum Schneiden ist und die Flüsse sich in Kloaken verwandeln. Die Propagandisten der „freien" Wirtschaft müssen sich also wieder was ausdenken — und sie denken auch schon angestrengt. Staberl, der Mann, der das hochgestochene Kauderwelsch der gelehrten Eierköpfe ins Kronen-Zeitungs-Deutsch rückübersetzt, hat deshalb geschrieben, „daß wir nur überleben können, wenn wir weniger Wohlstand und dazu härtere Arbeit auf uns nehmen". Was schon insofern paradox ist, weil hier ausgerechnet der Staberl, laut „profil" der „faulste Mensch auf Gottes Erdboden", von härterer Arbeit spricht. Tragikomisch wird's jedoch, wenn sogenannte Wirtschaftsfachleute davon reden, daß „wir alle" an Raubbau und Umweltschmutz schuld sind. „Wir alle", also auch wir Arbeiter? Das ist aber merkwürdig, meine Herren. Wir Arbeiter haben nämlich erwiesenermaßen kein Mitspracherecht in eurer kapitalistischen Wirtschaft — aber die Mitschuld haben wir?

Doch zurück zur härteren Arbeit. Wenn wir härter arbeiten, ihr kurzsichtigen Staberlianer, dann produzieren wir noch mehr Waren, verbrauchen wir noch mehr Rohstoffe und vergiften unsere Umwelt noch rascher als bisher. Ist das klar? Der Lösung des Problems kommen wir nicht durch mehr, sondern durch weniger Arbeit näher, und zwar durch Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohnausgleich, denn der wohlgefüllte Profitpolster kann das verkraften), womit sofort auch das Gespenst der Arbeitslosigkeit verscheucht ist. Wenn wir dann kein kurzlebiges Glumpert mehr erzeugen, sondern hochwertige Güter (die beim heutigen Stand der Technik auch kaum teurer kämen), so stiege unser Realeinkommen sogar von selbst, weil wir nicht mehr alle Augenblicke etwas Kaputtgegangenes durch was Neues zu ersetzen hätten. Es kann also weder von härterer Arbeit noch von weniger Wohlstand die Rede sein.

Nur der Profit, der würde freilich etwas kleiner werden. Aber deswegen schleudern die Herren Propagandisten ja bereits Gedankenblitze und bieten Scheinlösungen an. Damit uns das ganze kapitalistische Glumpert erhalten bleibt. Samt Profit und Laufmaschen.

rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nummer 45 · März 1974



Die „grüne Revolution"

sollte in den Entwicklungsländern den Hunger beseitigen und vor allem eine echte Revolution verhindern. Aber sie hat die Reichen reicher und die Armen noch ärmer gemacht. Siehe unseren Bericht auf Seite 11.

Meinungsfreiheit in China

Die zwölfjährige Pekinger Grundschülerin Huang Schuai war mit der unduldsamen und autoritären Art ihres Lehrers nicht einverstanden. Es war ihr unverständlich, wie in einer Zeit, da die sozialistische Umgestaltung in allen Lebensbereichen vorangeht, die Erziehung in solcher Weise erfolgen durfte. Nun hörte sie im Radio eine Sendung, wie Mittelschüler ihrer Lehrerin halfen, gemeinsam mit ihnen ideologische Fortschritte zu machen. Daraufhin schrieb Huang Schuai Aufsätze, in denen sie den Lehrer kritisierte. Dieser fühlte sich in seinem Ansehen herabgesetzt und ging mit Repressalien gegen die Schülerin vor.

Da schickte Huang Schuai schließlich ihre Kritik an eine große Pekinger Tageszeitung. Diese druckte den Brief ab und nahm zustimmend dazu Stellung. Die Parteizeitung "Renmin Ribao" ("Volkszeitung") setzte den Brief der Grundschülerin dann auf die Titelseite. Huang Schuai habe mit revolutionärem Geist gegen die Strömung angekämpft und die wichtige Frage aufgeworfen, daß die bürgerlichen Einflüsse im Erziehungswesen noch lange nicht restlos beseitigt sind, daß sich die alten Ideen noch hartnäckig halten, hieß es in der Zeitung.

Viele Lehrer, Studenten, Arbeiter und Bauern äußerten sich zustimmend zur Kritik der Grundschülerin an der "absoluten Autorität des Lehrers" und verurteilten die bürgerlichen Ideen im Erziehungswesen. Aber es gab auch Leute, die der Meinung waren, daß Huang Schuais Brief "geschmacklos" sei, daß Kinder die Eltern und Lehrer doch ehren müßten, kurz es gab Leute, die vom bürgerlichen Standpunkt aus den Brief der Grundschülerin kritisierten. Gegen einen von ihnen, einen Parteifunktionär aus der Inneren Mongolei, schrieb das Mädchen einen weiteren Brief, der ebenfalls in der "Renmin Ribao" veröffentlicht wurde. Sie stellte fest, daß sein Standpunkt falsch sei und schrieb: "Sie stehen auf der Seite der Bourgeoisie." Wofür er eintrete, seien nichts anderes als die Ideen, mit denen Konfuzius vor mehr als 2000 Jahren hausieren ging.

Die Kritik der jungen Huang ist ein deutlicher Beweis dafür, daß in China das Volk die Macht in der Hand hat. Denn könnte man sich sonst die Tatsache des mutigen Briefes selbst und den lebhaften positiven Widerhall im Volk erklären? Wäre sonst der Lehrer Huang Schuais durch die Diskussionen mit den Schülern und deren Eltern überzeugt worden, seine Unterrichtsweise zu ändern?

Die "Volkszeitung" schreibt, der Brief des Mädchens zeige "deutlich den revolutionären Geist der jungen Generation, herangebildet im Lichte der Maotsetung-Ideen. Es gibt heute sehr viele Jugendliche wie Huang Schuai in unserem Lande". ●

Polizeiterror in Bangla Desh ...

Anfang Februar kam es in der ostbengalischen Hauptstadt Dacca zu einem sechsstündigen Generalstreik. Anlaß dazu waren die steigenden Preise und die Brutalitäten der Polizei.

Eine Woche später streikten im ganzen Land 42.000 Postler für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Um den Postverkehr aufrechtzuerhalten, wurde Militär als Streikbrecher eingesetzt. Den Streikenden wurde mit Gefängnis und Erschießung gedroht.

Diese Ereignisse zeigen deutlich, wie die Verhältnisse im angeblich "freien und fortschrittlichen" Bangla Desh wirklich sind.

... und in Indien

Die Hungerrevolten in Indien haben in der zweiten Februarwoche zum Sturz der Regierung des indischen Bundesstaates Gujarat geführt. Dem Sturz vorangegangen sind Besetzungen von Lebensmittellagern der Regierung durch die Hungernden. Die Polizei versuchte den Kampf der Volksmassen brutal zu unterdrücken und schoß rücksichtslos in die Demonstrationen. Die russische Nachrichtenagentur Tass hatte die Stirn, den Terror der Polizei mit folgenden Worten zu beschönigen: "Die Polizei - schrieb die Tass - war gezwungen, das Feuer zu eröffnen, als sie in 6 Städten Gujarats mit asozialen Elementen zusammenstieß." Man sieht deutlicher denn je, auf wessen Seite die russischen Revisionisten stehen. Sie sind eben Verteidiger von all dem, was volksfeindlich und rückschrittlich ist. ●

KARL MARX
Lohnarbeit und Kapital S 10.—
Bestellungen an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3

Manche Leute lieben Horrorfilme und -romane, in denen Vampire ihre Opfer bis zum letzten Blutstropfen aussaugen. Dabei bietet die Wirklichkeit Horror genug: zum Beispiel Betriebe, in denen die Arbeiterinnen vom Unternehmer rücksichtslos ausgequetscht werden.



Eine Näherin zu sein ist kein Vergnügen. Denn will man mit seinem Geld zurechtkommen, dann muß im Akkord gearbeitet werden. Als Anfängerin erhielt ich nämlich in meinem Betrieb - es sind hier ungefähr 250 Leute tätig - den Hungerlohn von 18 Schilling pro Stunde. Davon konnte ich nicht leben. Also mußte ich in den Akkord. Was bedeutet das bei "uns"? Man sitzt an einer Nähmaschine, die ein derart rasantes Tempo zulegt, daß man keinen Augenblick zerstreut sein darf. Tritt man da nur ganz leicht auf das Pedal, surrt sie schon los, daß man anfangs nur so schaut. Und an solchen Maschinen sitzt eine lange Reihe von Arbeiterinnen. Es ist eine Riesenhalle, in der wir arbeiten, man sieht kaum von einem Ende zum anderen.

Früher hatte man als Näherin das Gefühl, daß man etwas können mußte, das heißt, man wurde an den verschiedensten Stellen des Gewerbes eingesetzt, sei es nun in der Zuschneiderei, beim Bundnähen - im Betrieb werden Hosen erzeugt - oder zum Beispiel in der Ausfertigung. Aber heute ist es so, daß nur ein Bruchteil eines Werkstückes von einer einzigen Person hergestellt wird. "Das ist wirtschaftlicher für unseren Betrieb", sagt dazu der Betriebsleiter.

Drei Jahre nähte ich früher nur Hosenbünde. Im Vergleich zu jetzt war das ja noch abwechslungsreich. Heute aber sitze ich da und nähe Stunde um Stunde die Seitennähte. Zwölf Frauen arbeiten heute an einer Hose. Für mich heißt das: Nähte, Hose in den Korb, wieder Nähte, Hose hinein. Habe ich zehn Hosen, dann hänge ich sie auf eine Art Riesenkluppe, die an einem Drahtseil befördert wird. Zwei solcher Seile laufen durch die ganze Halle. Sie sind in der Hallenmitte über einem endlos langen Tisch installiert und transportieren die Hosen von einem Arbeitsplatz zum anderen. Die beiden Tischseiten sind durch eine beinahe mannshohe Wand getrennt. Diese ist deshalb da, damit man nicht mit seinem Gegenüber reden kann. Das würde ja dem Betrieb wertvolle Sekunden kosten.

"Bei dieser zeit- und geldsparenden Einrichtung (für den Unternehmer, versteht sich) brauchen sie nicht einmal aufzustehen", wollte uns die Betriebsleitung begeistern. Und in der ersten Stunde kam uns das neue Band tatsächlich wer weiß wie bequem vor. Sitzt man aber zwei und drei Stunden, ohne die Stellung auch nur ein bißchen zu verändern, ohne etwas anderes zu tun, als die schon beschriebenen Handgriffe, schaut die G'schicht schon anders aus. Das Kreuz tut einem weh, und schön langsam glaubt man, alles schläft einem ein. Die einzige Möglichkeit, sich ein wenig auszulaufen, ist der Weg zum Klosett. Aber "unsere" Vorarbeiter vergessen nie, auf die Uhr zu schauen. Gar nicht gern gesehen ist das Kaffeekochen, denn wie leicht könnten da einige Arbeiterinnen zusammenkommen und ein paar Minuten miteinander plaudern.

Weil wir schon bei den Arbeitsunterbrechungen sind: Die Mittagspause dauert eine halbe Stunde. Arbeitet eine Frau nun im dritten Stock, so kann man sich vorstellen, wieviel Zeit sie zum Essen hat. Die Kantine liegt nämlich im Erdgeschoß.

Von Zeit zu Zeit wird das Arbeitstempo "korrigiert", was für uns nichts anderes heißt als angeheizt. Dazu setzt sich der "Prüfer" mit einer Stoppuhr neben einen hin und verfolgt die Arbeit mit Luchsaugen. Er kennt jede Bewegung genau und weiß den kürzesten Weg der Hände zu irgendeinem Maschinenteil. Wehe, man macht eine langsamere oder gar unnötige Bewegung, schon kreidet er es an. Manche Frauen fürchten sich vor dem Stopper und arbeiten in der Prüfzeit noch schneller als gewöhnlich. Freilich versuchen wir auch, dem Antreiber eins auszuwischen und zu largieren, aber

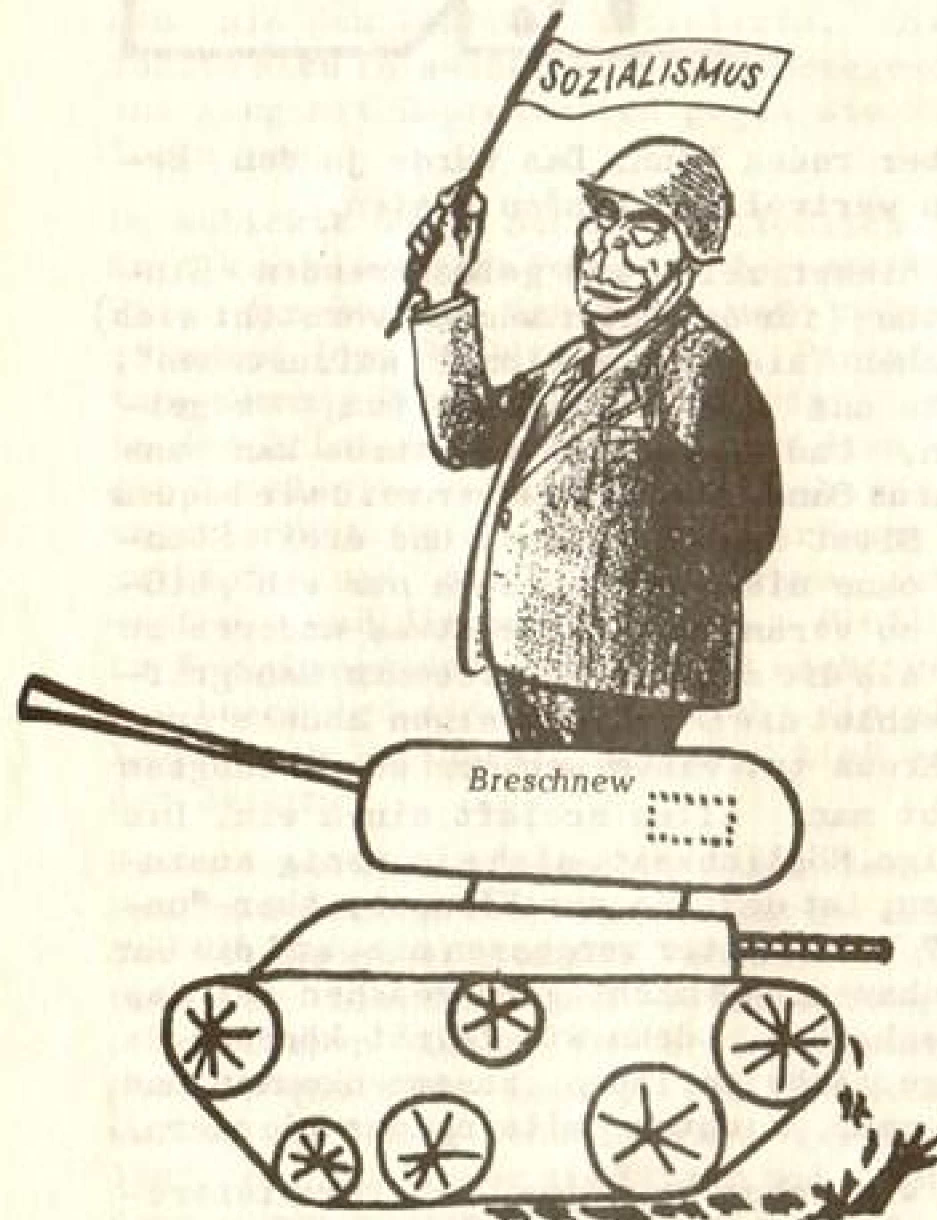
das muß man schlau anpacken, daß er's nicht merkt. Aber im Endeffekt wird ja doch die Antreiberei verstärkt, denn auch "unser" Unternehmer will ja seinen Profit vergrößern.

Die Arbeitsbedingungen sind schon schlecht genug. Es kommt aber noch dazu, daß auch die Büglerinnen in derselben Halle werken müssen. So hat es im Sommer schon in der Früh' an die 30 Grad.

Unter solchen Verhältnissen ist der Mensch gar nichts anderes als ein Arbeitssklave. Zum Denken kommt man bei dem ständigen Einerlei auch fast nicht mehr. So soll man nach dem Willen der Anschaffer immer mehr abstumpfen und die immer ärgeren Antreibereien wie ein willenloses Arbeitstier hinnehmen.

Ich meine, daß das Akkordsystem überhaupt ein Verbrechen ist.

(Nach dem Bericht einer Arbeiterin auf einer Versammlung.) ●



Wo es Unterdrückung gibt, dort gibt es auch Widerstand. Das ist auch in Rußland so. Seit dort die Revisionisten der Arbeiterklasse die Macht entrissen und den Kapitalismus wiedererrichtet haben, wehren sich die Arbeiter gegen ihre Entrechtung und Unterdrückung.

Aber nur einige wenige Kampfaktionen wurden außerhalb Rußlands bekannt. So etwa der Streik tausender Arbeiter in den Charkower Traktorenwerken Ende 1967. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, der Streik von Dnepropetrowsk. Im September 1972 legten dort einige tausend Arbeiter die Arbeit nieder und gingen auf die Straße.

☆

Die Sowjetunion heute

Die Revisionisten haben auch die Sowjetunion aus einem Bund freier und gleichberechtigter Nationalitäten in ein Völkergefängnis wie zur Zeit des Zaren verwandelt. Zu Recht kämpfen die Sowjetvölker gegen die Assimilationspolitik und den großrussischen Chauvinismus der Kremlherren. In allen Gebieten der nationalen Minderheiten Rußlands, vom Baltikum über Ukraine, Kaukasus bis hin nach Zentralasien wächst der Widerstand gegen die faschistische Gewaltpolitik der Revisionisten. 1972 gingen in der litauischen Stadt Kaunas Tausende auf die Straße und forderten: "Gebt Litauen die Freiheit." Zur Unterdrückung der Demonstrationen wurden Polizei und Militär eingesetzt. Und in der Ukraine demonstrierten in Dneprodsershinsk 1o.ooo Menschen und demolierten das Gebäude des Geheimdienstes.

☆

Die arbeitenden Menschen in der Sowjetunion haben in den vergangenen Jahren auch oftmals ihre Solidarität mit ihren Klassenbrüdern im von den Revisionisten beherrschten Osteuropa unter Beweis gestellt. Als die Tschechoslowakei überfallen wurde, kam es in Moskau, Leningrad, Charkow und anderen Städten zu Protestdemonstrationen. Und im Dezember 1970 streikten weißrussische Arbeiter zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe in Polen.

☆

Wenn sich heute der Widerstand der Massen erst in den Anfängen befindet, so steht es fest, daß die sowjetischen Arbeiter, Bauern und unterdrückten Völkerschaften die faschistische Diktatur der Kremlherren letzten Endes stürzen und den Sozialismus wiedererrichten werden. Diesem Kampf soll unsere Solidarität gelten. ●



Wie die jungen Schildbürger der SPÖ die Gesellschaft verändern wollten – und wie es dann doch nur zur Wahl der Miß „Junge Generation" reichte

Leise rieselt der Kalk oder Netter Trampel gesucht

Als Kreisky vor Jahren mittels der Altersklausel seine innerparteilichen Konkurrenten elegant über Bord kippte, da war es klar, daß diese Klausel spätestens dann wieder fallen würde, wenn Kreisky selber ins gefährliche Alter käme. Nun ist es so weit. Der letzte Parteitag hat bereits Sondergenehmigungen für besonders verdiente Politiker in Aussicht gestellt, und der nächste Parteitag wird den Herrn Bundeskanzler zum Ehren-Jüngling ernennen. Worauf sich Opa Kreisky dem Beschluß seiner Verehrer „beugen" wird und weiterhin im Amt und uns allen erhalten bleibt.

Der Chef der „Jungen Generation" der SPÖ hingegen, der 40jährige Karl Blecha, hätte selbst bei strenger Anwendung der Altersklausel noch 15 Jahre lang Führer bei den rosaroten Pfadfindern spielen dürfen. Böse Zungen behaupteten jedoch, der „Charly" könne allein schon auf Grund des schütteren Haarwuchses auf diesem Posten nicht in Ehren ergrauen, und so trat er freiwillig zurück. Nun war also die Bahn frei für die Erfolgsgeneration der SPÖ. Jung und dynamisch krempelte man die Ärmel hoch — nur geistig, versteht sich —, um gleich einmal „die Gesellschaft zu verändern". Der Rausch des ersten Reformeifers schwemmte auch beinahe eine emanzipierte Frau in den Vorstand: die §-144-Bekämpferin Irmtraud Goessler-Leyrer. Aber nur beinahe. Denn es stellte sich heraus, daß die „Junge Generation" ihre eigenen Statuten nicht beherrschte, weshalb um Verfahrens- und Geschäftsordnungsfragen stundenlang im Kreis geredet wurde; so lange, bis die mehrheitlich männlichen Gesellschaftsveränderer urig zu verstehen gaben, was sie von Diskussionen und von Weibern halten, nämlich einen „Scheiß" und „die sollen amal Kochen und Kinderkriegen lernen".

Mit Tränen in den Augen schmiß daraufhin eine wütende Irmtraud den ganzen Krempel hin und verzichtete auf die Kandidatur, weil sie auf eine „Alibifunktion als netter Trampel ohne Hirn" keinen Wert legt. Warum die Herren der Schöpfung (und der JG-Tagung) dann trotzdem weibliche Wesen in den Vorstand wählten, das erklärte später eine Wochenzeitung in pikanten Details. Zum Beispiel: „Die Salzburgerin Anita Pirker ... durch deutlich sichtbaren Verzicht auf künstlichen Halt für ihren hübschen Busen unter den Genossen profiliert — schaffte den Sprung in den Bundesvorstand." Und unsereiner hat stets naiv daran geglaubt, daß man mit einem schönen Busen nur beim Film usw. Karriere machen könne.

Um Nachfolger des scheidenden Blecha zu werden, dazu genügte oben ohne allerdings nicht. Da mußte man schon oben ohne neue Ideen sein. Deshalb wurde der jung vergreiste Albrecht Konecny zum JG-Boß gemacht, der sich dem Partei-Establishment auch gleich anbiederte als strenger Ordnungshüter gegen „Bestrebungen, die JG zu einem Knüppel zu machen, der die SPÖ schlägt". Aber was anderes hat ja auch keiner erwartet, denn die österreichischen Jungsozialisten hatten noch nie den Mumm, mit dem etwa die deutschen Jusos, wenn's sein muß, auch zur Brand(t)-Bekämpfung antreten. Ein kreuzbraver alpenländischer Juso schreckt eben — Gott bewahre! — vor einer Kritik an den eigenen Parteibonzen entsetzt zurück. Das wäre ja Kreiskylästerung.

Die Regierungspartei kann also beruhigt sein, denn das einzige, was man auch künftighin von ihrem Jungdamen- und -herrenkomitee zu hören kriegt, wird das leise Rieseln des Kalkes sein. Bei den Jungen bleibt alles beim alten. ●

Der „Kronen-Kurier"-Versuchsballon ist vorerst geplatzt. Aber die Herren Sozialpartner werden nichts unversucht lassen, ihr Meinungsmonopol dennoch weiter auszubauen.



Über die Pressekonzentration ist in den letzten Wochen viel geredet und geschrieben worden. Doch trotz all dieser Diskussionen ist es so gut wie sicher, daß diese Konzentration zustandekommt, da die Sozialpartner die Massenpresse zur Verbreitung und Festigung ihrer Ideologie brauchen. Ihr Ziel ist es, eine Gleichschaltung der öffentlichen Meinung zu erreichen. Die Presse soll dazu dienen, die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Kapitalisten abzuhalten und sie zu manipulieren. Im bisherigen Nachrichtensystem war es möglich, daß unerwünschte Informationen durch verschiedene Lücken an die Öffentlichkeit dringen konnten und Unruhe stifteten. Durch eine Gleichschaltung der Presse kann man derartige "Fehler" ausmerzen. Eine Vereinigung von mehreren Zeitungen in einer Hand erleichtert es den Sozialpartnern, unerwünschte Reibungen auszuschalten und die Massen einheitlich zu verdummen. Ein Vergleich mit den faschistischen Ländern, die sich ebenfalls der Methode der Gleichschaltung bedienen, liegt nahe.

Eine Zeitung ist ein einträgliches, großes kapitalistisches Unternehmen, in das die Reichen viele Millionen investieren. Sie sind die einzigen, die es sich leisten können, eine Zeitung herauszugeben. Die vielgepriesene "Pressefreiheit" in der bürgerlichen Gesellschaft besteht also in der Freiheit der Reichen, die arbeitenden Menschen tagtäglich in hunderttausenden Zeitungen zu betrügen, zu demoralisieren und zum Narren zu halten.

Dies und nichts anderes ist die Aufgabe der bürgerlichen Presse. Wenn die Journalisten unter dem Deckmantel der "Meinungsvielfalt" ein großes Geschrei entfachen, so ist das Heuchelei. Denn ihnen geht es ja nicht darum, dem Volk die Wahrheit zu sagen, sondern sie machen sich um ihre Posten Sorgen. Denn wenn es nur einen großen Zeitungskonzern in Österreich gibt, so können sie sich ja nicht mehr aussuchen, an wen sie sich verkaufen.

Die Presseleute haben zwar versucht, sich auf die ökonomischen Vorteile einer Kapitalverflechtung auszureden. Aber bei der Pressekonzentration spielen nicht nur wirtschaftliche Gründe eine Rolle. Jedenfalls soll die Kapitalverflechtung wirtschaftlich gesehen den beiden Zeitungen mehr Profite sichern. Politisch gesehen sollen die beiden Zeitungen nach wie vor der Bevölkerung die "Meinungsvielfalt" vortäuschen, die es gar nicht gibt. Denn daß dies eine "Vielfalt" von Lüge und Betrug ist, weiß schon fast jeder arbeitende Mensch. Doch eine solche "Vielfalt" entspricht ja absolut den Vorstellungen der Sozialpartner. Denn der "Kurier" gehört den Industriellen und die "KZ" ist schließlich mit Gewerkschaftsgeldern finanziert worden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Benya und Sallinger die eigentlichen Herrscher in Österreich sind. Daß sie nun ihre beiden Massenblätter vereinigen wollen, zeigt die Bedeutung der Presse für die arbeiterfeindliche Sozialpartnerschaftspolitik. Diese neue Sozialpartnerschaftspresse würde es Benya nur noch leichter machen, die arbeitenden Menschen hinters Licht zu führen.

Großes Wehgeschrei anzustimmen oder nach "K"PÖ-Vorbild Resolutionen zu verfassen hat nicht viel Sinn und wird die Pressekonzentration auch nicht verhindern. Und für die Arbeiterklasse ist es ja wirklich egal, von welchen und wieviel Zeitungen sie betrogen werden sollen. Die arbeitenden Menschen müssen vielmehr danach trachten, eine eigene Presse aufzubauen. Das läßt sich derzeit nur in kleinerem Rahmen durchführen. Doch je stärker die Arbeiter gegen das Kapital kämpfen, umso stärker wird auch ihre Presse werden. Die "Volksmacht" und die "Rote Garde" wollen einen Beitrag dazu leisten. ●

KARL MARX
FRIEDRICH ENGELS S 10.—
Manifest der Kommunistischen Partei

FRIEDRICH ENGELS
Anti-Dühring S 20.—

Bestellungen an die VRA
Postfach 3, 1205 Wien

Der Schwindel mit der Demokratie

Südkorea, das vom faschistischen Pak-Dschon-Hi-Regime beherrscht wird, duldet keine fortschrittlich denkenden Leute. Das bekam Kim Dae Jung, ein Führer der Neuen Demokratischen Partei, einer südkoreanischen Oppositionspartei, deutlich zu spüren. Diese Partei setzt sich seit langem für eine demokratische Ordnung in Südkorea sowie für die friedliche Wiedervereinigung des Nordens und des Südens ein. Aus diesem Grund sind die Mitglieder dieser Partei ständig Repressalien ausgesetzt.

1971 gab es in Südkorea Präsidentschaftswahlen, bei denen Kim Dae-Jung der einzige Gegenkandidat des Oberfaschisten Pak war. Obwohl dieser alle Mittel der Unterdrückung



„Der Präsident erwartet Sie, Herr Oppositionspolitiker. Er wird Sie ganz demokratisch zwischen mehreren Möglichkeiten wählen lassen."

und Lüge sowie Verleumdung ausnützen konnte, da er die US-Imperialisten hinter sich wußte, fiel das Wahlergebnis für ihn ungünstig aus. Er blieb nämlich außer in seinem Heimatwahlkreis in der Minderheit. Nur durch einen gewaltigen Wahlschwindel gelang es Pak, die Wahlergebnisse umzufälschen und mit 51,08 Prozent der Stimmen als "Sieger" aus den Wahlen hervorzugehen. Kim hatte aber allein in Seoul 67 Prozent der Stimmen bekommen.

In der Wahlkampagne hatte Kim, wenn auch mit den begrenzten Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung standen, gegen das Pak-Regime und für die Wiedervereinigung agitiert. Nach dem Wahlschwindel verstärkte sich der Unmut des Volkes immer mehr. Unter dem Druck der Massen mußte Pak noch 1971 Rotkreuzgespräche mit dem Norden beginnen, um zu demonstrieren, daß er ja auch für die Wiedervereinigung sei.

Es kam auch zu einer gemeinsamen Erklärung des Nordens und des Südens, in der beide am 4. 7.'72 erklärten, daß die Wiedervereinigung selbständig, d.h., ohne sich auf eine fremde Macht zu stützen, und friedlich erreicht werden solle. Ungeachtet der Ideologien, Ideale und Systeme sollte die nationale Einheit vor allem durch ein gemeinsames Nationalgefühl gefördert werden.

Daß aber das "Eintreten" Paks für die Wiedervereinigung bloß freche Demagogie zur "Beruhigung" des Volkes war, zeigte nicht nur die Verfolgung demokratisch und antiimperialistisch gesinnter Menschen in Südkorea, sondern auch ein Ereignis im Sommer des vergangenen Jahres:

Kim Dae Jung war am 8. August in Tokio, um dort mit einem leitenden Mitglied der südkoreanischen Vereinigten Demokratischen Partei zu verhandeln. Als er am frühen Nachmittag das Konferenzzimmer verließ, wurde er von fünf Koreanern überfallen, mit Chloroform betäubt und in ein vor dem Hotel wartendes Auto gezerrt. Von hier wurde er an die Küste befördert, wo man ihn an Bord eines Kriegsschiffes nach Südkorea entführte.

Zuerst wurde mit allen Mitteln versucht, die Entführung zu vertuschen. Die japanische und südkoreanische Presse schrieb von einem "plötzlichen Verschwinden" und "unbekannten Tätern". Trotzdem war es klar, daß die Entführer nur beim südkoreanischen Geheimdienst zu suchen waren. Das Verschwinden Kims brachte in Südkorea eine stürmische Bewegung für seine Freilassung hervor. Und nicht nur hier, sondern auch in Japan kam es zu Demonstrationen demokratischer Kräfte, so daß sich schließlich die japanische Regierung genötigt sah, sich offiziell für Kim einzusetzen.

Unter dem Druck der Volksbewegung mußte Pak Dschung Hi schließlich Kim freilassen. Es stellte sich heraus, daß der Oppositionapolitiker während der Haft mißhandelt worden war.

★

Zur "Aufrechterhaltung der Staatssicherheit" erließ der Chef der südkoreanischen Faschisten, Pak Dschung Hi, unverfroren Notstandsverordnungen, auf Grund derer jeder Koreaner, der die faschistische Verfassung kritisiert, verhaftet werden kann.

Pak steht in einem Verzweiflungskampf gegen den immer stärker werdenden Widerstand des Volkes. Seit einigen Monaten schon nimmt der Kampf der demokratischen und patriotischen Kräfte in Südkorea einen ständigen Aufschwung. Gewaltige Demonstrationen der studierenden Jugend standen am Beginn der Bewegung, die dann auf breite Schichten der Werkstätigen übergriff.

Am 24. Dezember riefen dreißig bekannte fortschrittliche Persönlichkeiten zu einer "Kampagne für eine Million Unterschriften" für die Abschaffung der faschistischen Verfassung auf. Das war ein weiterer Schlag gegen das Pak-Regime, denn binnen fünf Tagen hatten bereits 30.000 unterschrieben. Deshalb hetzte Pak am 29. Dezember gegen die Kampagne und erklärte, er werde ihr Einhalt gebieten. Er ließ zwei der Initiatoren der Bewegung, Tschang Dschun Ha und Paek Gi Wan einkerkern und erließ die besagten Verordnungen, welche jede Kritik der Verfassung sowie jede Propaganda und Agitation dagegen verbieten. Gleichzeitig machte er ein großes Geschrei über die angebliche "Bedrohung aus dem Norden", um zu vertuschen, daß es gerade das Regime von Seoul ist, welches die Spannung in Korea anheizt und ständig Provokationen gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik unternimmt.

Aber alle Unterdrückungsmaßnahmen, welche die südkoreanischen Faschisten ergreifen, können ihren Untergang nicht abwenden, ihre Herrschaft ist bereits stark ins Wanken geraten. ●

W.I. LENIN
Staat und Revolution S 10,-
Bestellungen an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3

rote garde★

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

Einzelpreis S 3,—, Jahresabonnement S 24,—. Abonnement- und Probenummern-Bestellung an: VRA, Postfach 3, 1205 Wien



Kambodschas Volk ist auf dem Weg zum Sieg

Die Lage in Kambodscha ist ganz ausgezeichnet. Die verräterische Lon-Nol-Clique verlor allein 1973 nicht weniger als 90.000 Mann und große Mengen an Kriegsmaterial. Auch das Jahr 1974 ist von großen Siegen der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (FUNK) gekennzeichnet. Ständig rollen Angriffe der Volksstreitkräfte gegen die Hauptstadt Phnom Penh. Sie wird immer mehr eingekesselt und die umliegenden Gebiete werden Stück für Stück von der Befreiungsarmee eingenommen. Die Truppen des Marionettenregimes müssen sich unter schweren Verlusten zurückziehen und lassen große Mengen von Kriegsmaterial zurück. Der südöstliche Rand von Phnom Penh ist bereits völlig unter der Kontrolle der Volksstreitkräfte. Kommandotruppen der Nationalen Einheitsfront operieren bereits in Phnom Penh. Auch die einzelnen Provinzhauptstädte, die Lon Nols Soldaten noch halten, sind eingekesselt. Die Moral der Marionettentruppen wird von Tag zu Tag schlechter. Desertionen stehen an der Tagesordnung und viele laufen auf die Seite der Volksarmee über.

Wirtschaft und Finanzen in den von Lon Nol beherrschten Städten sind völlig zerrüttet. Schieber und Spekulanten mästen sich am Elend der Bevölkerung, und oftmals gibt es keine Nahrungsmittel. Die Preise steigen rapide. In zunehmendem Maße schließt sich die Bevölkerung zusammen und fordert Preissenkungen, Lohnerhöhungen und Reis. Immer wieder kommt es zu Aufständen gegen die faschistische Herrschaft Lon Nols. Das Volk griff zur Selbsthilfe und stürmte Reislager oder beschlagnahmte Reistransporte. Dabei richtete es einige der verbrecherischen Lon-Nol-Banditen hin.

Ende Jänner verhafteten und folterten die Lon-Nol-Leute vier patriotische Studenten, die einige Tage später ihren Verletzungen erlagen. Die gemeine Ermordung der Studenten hat die Empörung unter der Bevölkerung von Phnom Penh nur noch verstärkt. In der ganzen Stadt kam es zu Streiks und Protestaktionen.

Lon Nol schickt nun schon 8 - 12jährige Kinder an die Front und er versucht, das letzte aus dem Volk herauszupressen. Viele Familien sind schon aus Phnom Penh in die befreiten Gebiete geflüchtet, weil sie die unmenschlichen Verhältnisse in der Hauptstadt nicht länger ertragen konnten.

→

Das kambodschanische Volk befindet sich heute auf dem Weg zum vollen Sieg. Unaufhaltsam setzt es seinen Vormarsch fort. Unter der Führung der Nationalen Einheitsfront und der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit ist in mehr als 90 Prozent des Landes die Volksmacht errichtet worden. Aber die Vereinigten Staaten, von denen das Regime Lon Nols ganz und gar abhängig ist, haben ihre Einmischung noch nicht aufgegeben. Ende Jänner versicherte der amerikanische Präsident Nixon Lon Nol in einem Brief neuerlich seine Unterstützung. Offizielle Kreise des State Department teilten mit, daß die Militärhilfe an Lon Nol im laufenden Finanzjahr, das am 30. Juni endet, auf 300 Millionen Dollar ansteigen wird.

Damit das kambodschanische Volk seine inneren Angelegenheiten frei und ohne ausländische Einmischung regeln kann, muß der amerikanische Imperialismus seine Aggression sofort vollständig und bedingungslos einstellen, muß er sofort seine "Berater" und sonstiges militärisches Personal abziehen und jede Hilfe und Unterstützung für Lon Nol einstellen.

☆

Die österreichische Bundesregierung unterhält immer noch diplomatische Beziehungen mit dem vom amerikanischen CIA installierten Lon-Nol-Regime. Und in der UNO unterstützte sie einen im Interesse der Vereinigten Staaten eingebrachten Antrag, die Frage der Vertretung Kambodschas um ein Jahr zu verschieben. Damit gab sich die österreichische Regierung dazu her, den Hinauswurf der Lon-Nol-Leute und die Wiederherstellung der legitimen Rechte Kambodschas in der UNO zu verhindern. Diese Politik der Komplizenschaft mit dem amerikanischen Imperialismus widerspricht aber ganz und gar dem Interesse des österreichischen Volkes und hat absolut nichts mit Neutralität zu tun. Deshalb muß sich unser Kampf gegen diese Politik richten. Es liegt in unserem Interesse, die Königliche Regierung der Nationalen Einheit und den Staatschef Norodom Sihanouk als einzig berechtigte Vertreter Kambodschas anzuerkennen und sich für die Wiederherstellung der legitimen Rechte Kambodschas in den Vereinten Nationen einzusetzen.

Das kambodschanische Volk verdient unsere vollste Solidarität in seinem Kampf für ein unabhängiges, friedliches, neutrales und demokratisches Kambodscha. Für den Sieg der Volksmacht im ganzen Land! Sieg dem Volkskrieg! ●



Eine kulturelle Leuchte

"Was nicht sein darf, das kann auch nicht sein." Nach diesem Motto versuchte ein gewisser "Fr. Eug." in der "Volksstimme" mit aller Gewalt, die in Wien stattfindende China-Ausstellung zu einer Hetze gegen die Volksrepublik China zu benutzen. Was bei dieser "Kritik" herauskam, war ein glattes Eigentor, das der diensteifrige "Volksstimme"-Autor den Revisionisten schoß.

Der Verfasser hat sogar die Stirn, sich darüber zu beschweren, daß in der "vorgegebenen Darstellung von 600.000 Jahren Menschheitsgeschichte .... immerhin eine Lücke von 550.000 Jahren klafft." Eine derartige Kritik anzubringen ist – mit Verlaub gesagt – absolut dumm, dümmer als so mancher offen bürgerliche "Kulturfachmann" je schreibt. Besonders eigenartig wird es, wenn da in der "Volksstimme" steht, daß sich die Ausstellung einem nicht vorgebildeten Beobachter mehr oder weniger als beiläufige Sammlung von Keramiken und Bronzeplastiken darstelle. Hier wirft sich unwillkürlich die Frage auf, was eine Ausstellung eigentlich anderes ist als eine "Ansammlung von Exponaten".

Die bürgerlichen Kunstkritiker würdigten wenigstens die hohe Kunstfertigkeit der Ausstellungsstücke. Dem revisionistischen "Kenner" dagegen beliebte es, die schon vor Jahrtausenden hochstehenden handwerklichen Fertigkeiten chinesischer Werktätiger nicht zu bemerken. Er meint: "Mehr als die Sensation historischen Alters und früher Perfektion gewisser Exponate erbringt diese aufwendige Schau nicht."

Daß die "Volksstimme" die China-Ausstellung derart herabmindert, hat politische Gründe. Die "K"PÖ will eben auch zur weltweiten Anti-China-Kampagne der russischen Imperialisten ihr Scherflein beitragen. Angesichts des Berichtes über die China-Ausstellung kann man nur sagen: Wer nicht hören und sehen will, der ist eben wie taub und blind!

☆

Die Ausstellung über die archäologischen Funde in der Volksrepublik China ist noch bis 20. April zu besichtigen. Täglich von 10 bis 20 Uhr im Museum für Angewandte Kunst, Wien 1., Stubenring 5. ●

Grüne oder rote Revolution?



Was braucht die Dritte Welt?

Vor Jahren hieß es, daß die sogenannte "Grüne Revolution" das Mittel zur Beseitigung des in weiten Teilen der Welt herrschenden Hungers sei. Durch die Einführung moderner Anbaumethoden und hochgezüchteter und äußerst ertragreicher neuer Getreidesorten solle die landwirtschaftliche Produktion gesteigert und damit das Ernährungsproblem gelöst werden. Und in der Tat sind die Erträge der neuen Getreidesorten, vor allem bei Weizen und Reis, um ein Beträchtliches höher als die der herkömmlichen Sorten. Eine Studie der "Asian Development Bank" stellte fest, daß "die neuen Reissorten, wenn sie bei angemessener Bewässerung und einem hohen Maß an Düngung kultiviert werden, einen Ertragsüberschuß von 3o bis 8o Prozent über die unter gleichen Bedingungen angebauten traditionellen Sorten aufweisen." ("South east Asia's Economy", S.42.) Die "Neue Zürcher Zeitung" sprach sogar von der Möglichkeit, "die Ernte vom traditionell üblichen Jahresertrag von einer Tonne Weizen oder zwei Tonnen Reis pro Hektar auf das Doppelte bis Dreifache" zu steigern. ("Neue Zürcher Zeitung" vom 1o.Oktober 1971.)

Es ist unbestritten, daß das Ernährungsproblem ein soziales Problem ist. Um zu verstehen, welche Auswirkungen die "Grüne Revolution" hat und wem sie nützt, muß man die gesellschaftlichen Verhältnisse untersuchen, in denen sie sich entwickelt. Betrachten wir uns zum Beispiel die Verhältnisse in den südostasiatischen Staaten wie Indien, die Philippinen, Indonesien usw.

Allen diesen Ländern ist gemeinsam, daß die Bauern, welche die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden, schwer unter der Ausbeutung durch die Gutsbesitzer leiden. Die rückständigen feudalen Produktionsverhältnisse behindern jede Entwicklung der Produktivkräfte, verhindern jede Verbesserung der Lage der breiten Masse der Bevölkerung.

Genaue Angaben über den Bodenbesitz der Grundherrenklasse gibt es nicht. Die Information darüber wäre den herrschenden Klassen der südostasiatischen Länder "politisch unerwünscht". Es gibt nur geringes und lückenhaftes statistisches Material. In dem schon angeführten Artikel über "Asiens grüne und rote Revolutionen" heißt es: "Zwar haben sich die Angehörigen der Vereinten Nationen dahin geeinigt, alle zehn (!) Jahre die erforderlichen statistischen Erhebungen durchzuführen. Da die Kosten für Befragungen dieser Art sehr hoch sind und die Ergebnisse politisch unerwünscht sein können, haben es einige Länder ganz unterlassen, sich zu beteiligen; andere haben sich auf Stichprobenerhebungen beschränkt, die die Lage nicht immer wahrheitsgetreu wiedergeben." Und was die Verhältnisse vollends verschleiert: "Die Basis aller Erhebungen ist die Betriebsstruktur und nicht die Besitzstruktur. Damit wird jeder Versuch, den Besitzverhältnissen auf den Grund zu gehen, von vornherein vereitelt." ("Asiens Grüne und Rote Revolutionen".) Trotzdem erlauben es selbst diese verfälschenden statistischen Angaben, sich ein Bild von der Lage der breiten Masse der Bauernschaft in diesen Ländern zu machen. (Siehe Tabelle.)

Nochmals: Die Angaben in der Tabelle beziehen sich nicht auf den Bodenbesitz, sondern einzig und allein auf dessen Nutzung. In der Regel besitzen in den südostasiatischen Ländern die Landarbeiter, die armen und die Mittelbauern, die etwa 9o Prozent der Landbevölkerung ausmachen, nicht einmal 15 bis 2o Prozent des Bodens. Die an die Grundherren zu leistenden Pachtabgaben betragen mindestens 5o Prozent der Ernte.

Wem nützt die „grüne Revolution"?

Allein von den technischen Voraussetzungen her wird klar, daß die "Grüne Revolution"

Landwirtschaftliche Betriebsgrößen in Südostasien 1960

	Landw. Betriebe (%)	Landw. Fläche (%)	Durchschnittsgröße (ha)	Landw. Betriebe (%)	Landw. Fläche (%)	Durchschnittsgröße (ha)
	Thailand			Malaya		
bis 1 ha	18,6	2,5	0,5	27,9	6,5	0,5
1 - 2 ha	29,3	13,0	1,5	39,4	26,1	1,3
2 - 4 ha	27,5	26,6	3,3	22,4	31,3	2,8
4 - 20 ha	24,3	54,2	7,8	10,1	32,6	6,5
über 20 ha	0,3	3,7	37,7	0,2	3,5	33,5
Insgesamt	100,0	100,0	3,5	100,0	100,0	2,0
	Indonesien			Philippinen		
bis 1 ha	70,1	28,7	0,4	11,5	1,6	0,5
1 - 2 ha	18,2	22,8	1,3	29,7	10,2	1,2
2 - 4 ha	8,0	19,8	2,6	32,8	23,2	2,5
4 - 20 ha	3,5	23,1	6,8	25,0	47,1	6,8
über 20 ha	0,2	5,6	33,5	1,0	17,9	66,2
Insgesamt	100,0	100,0	1,0	100,0	100,0	3,6

Diese Zahlen sagen nichts über die Besitzverhältnisse aus. Will man sich dennoch ein Bild von der Lage der Bauernschaft machen, so ziehe man die Zahlen für die Betriebe bis 4 ha (in der Regel die Wirtschaften der Landarbeiter, Armbauern und unteren Mittelbauern) zusammen. Dann braucht man nur zu vergleichen, wieviel Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe die Wirtschaften bis 4 ha ausmachen und wieviel Prozent des Bodens sie bebauen. Mit Recht stellt die "Neue Zürcher Zeitung" fest: "Wenn die Statistik einen Vergleich der Besitzverhältnisse zuließe, würden die Extreme noch stärker hervortreten."

der Masse der Landbevölkerung nicht helfen kann. Die neuen Getreidesorten benötigen nämlich intensive Düngung und regelmäßige Wasserversorgung. Zu beidem, sowohl zum Ankauf von Dünger wie auch zu Wasserbauten fehlt der Mehrheit der Bauernschaft das Geld. Auch der Ankauf von Maschinen ist dem armen Bauern unmöglich. Außerdem sind die neuartigen Weizen-, Reis- und Maissorten schädlingsanfälliger als die alten. Pflanzenschutzmittel kosten aber wiederum Geld. So ist es nur den Grundherren und den reichen Bauern möglich, die Anbautechnik zu verbessern. Die große Masse der verarmten Bauern ist natürlich nicht in der Lage, zu investieren und dadurch die Produktion zu erhöhen.

Was die Auswirkungen der "Grünen Revolution" betrifft, so stellte die "Neue Zürcher Zeitung" fest, es "wurde von Anbeginn angenommen, daß sie vor allem denen zugute kommen würde, die in ausreichendem Maße über Boden, Kapital und Arbeitskräfte verfügten". Das sind aber die Grundherren und die reichen Bauern. Was "von Anbeginn angenommen" wurde, hat sich bewahrheitet. Im Endeffekt führte die grüne Revolution überall, wo sie eine Steigerung der Produktion erzielte, gleichzeitig zu einer Verschärfung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gegensätze. Vor allem wurde die Verarmung der Bauern beschleunigt und die Ausbeutung im Dorf verstärkt. In vielen Ländern wurden die Pachtabgaben in jenen Gebieten, wo die neuen "Wundersorten" gebaut wurden, hinaufgesetzt. Und wo es den Grundherren gewinnträchtiger erschien, da vertrieben sie die Pächter, um die Ländereien auf eigene Rechnung durch Landarbeiter zu bebauen. Hunderttausende Bauern sanken so in das Heer der Hungernden und Beschäftigungslosen herab. Gleichzeitig ersetzten die Grundherren zahlreiche Arbeitskräfte durch Landmaschinen. Die Folge davon: Maximale Gewinne für die Gutsbesitzer und Wachsen der Arbeitslosigkeit und des Elends auf dem Dorf.

Betrachtet man sich die "Erfolge" der grünen Revolution, so erkennt man: Ertragreichere Getreidesorten bedeuten noch lange nicht, daß mehr Getreide vorhanden ist (große Teile der Ernten werden oftmals durch Naturkatastrophen vernichtet, weil die Grundbesitzer nichts für Schutzbauten investieren). Aber auch wenn mehr Getreide geerntet wird, so heißt das noch keineswegs, daß es weniger Hunger gibt. Die Mehrzahl der Bauern erzielt keine Überschüsse. Eine Landwirtschaftsreform im Interesse der Grundherren - und das ist ja die grüne Revolution - kann die Lage des Volkes nur verschlechtern und es noch tiefer ins Elend hinabdrücken.

Der einzige Ausweg: Die Revolution

Heute wird immer deutlicher, daß die Entwicklung auf eine Explosiom zusteuert. Und in der Tat: Ohne eine Zerschlagung der feudalen Besitzverhältnisse, die dem Bauern unerträgliche Lasten aufbürden und jede Vorwärtsentwicklung ersticken, ist keine Verbesserung der Lage der Massen möglich. Der Ausweg aus dem Hunger und Elend ist nicht eine grüne Revolution, denn diese dient den Interessen der Grundherren und Großkapitalisten, sondern eine rote Revolution, die Machtergreifung durch das Volk.

Nehmen wir zum Beispiel Indien: Indien ist ein Bauernland. 80 Prozent der Bevölkerung leben auf dem Lande. Die Gutsbesitzer und die reichen Bauern (10 Prozent der Landbevölkerung) besitzen 85 Prozent des Bodens. 70 Prozent der Landbevölkerung sind Landarbeiter bzw. arme Bauern, d.h. solche Bauern, die mit ihrer Wirtschaft nicht das Auslangen finden und sich so noch zusätzlich an reiche Bauern oder Gutsbesitzer verdingen müssen.

Bereits seit 20 Jahren "bekämpft" in Indien die regierende Partei der Großkapitalisten und Gutsbesitzer den Hunger. Heute vegetieren 200 Millionen Menschen, mehr als ein Drittel der Bevölkerung, am Rande des Hungertodes dahin. Bis zum September des vorigen Jahres verließen allein im Staate Maharashtra mit einer Bevölkerung von 50 Millionen fast 20 Millionen Haus und Hof, weil sie nichts zu essen hatten. Im Staate Bihar hungerte 1973 die Hälfte der Bevölkerung, 28 Millionen. In 14 von 21 Bundesstaaten Indiens herrschen Hungersnöte. Infolge von Naturkatastrophen kommt es immer wieder zu Mißernten. Ohne Wasserbauten sind die Bauern den Launen der Natur auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Regierung ruiniert zwar Jahr für Jahr tausende Bauern durch rücksichtslose Besteuerung, aber für Wasserbauten hat sie kein Geld. Vor zwei Jahren litt das Land unter der größten Dürre seit 50 Jahren, im Vorjahr unter der schwersten Überschwemmung seit 1955. In manchen Gebieten Indiens gingen über neun Zehntel der Ernte zugrunde. Weil Indien seinen Getreidebedarf nicht decken konnte, mußte es seit 1947 Getreide im Wert von umgerechnet mehr als 150 Milliarden einführen. Heute ist es in riesige Schulden verstrickt und vom russischen Imperialismus derart abhängig, daß es schon als "De-facto-Mitglied des Warschauer Pakts" bezeichnet wird.

Die Diktatur der mit ausländischen Imperialisten verbandelten Großkapitalisten und Gutsbesitzer drückt die Volksmassen immer tiefer ins Elend. Leuchtet es aber nicht ein, daß sich die Wirtschaft des Landes nur entwickeln kann, wenn der Plünderung durch das ausländische Kapital ein Ende bereitet wird? Daß die Landwirtschaft nur aufblühen wird, wenn die Bauern von den ungeheuren Lasten des Pachtzinses, des Wuchers und der rücksichtslos hohen Steuern befreit sind? Und ist es nicht klar, daß ein revolutionärer Staat das Volk zur Regulierung der Flüsse und anderen Wasserbauten und zur Bekämpfung von Naturkatastrophen mobilisieren und auch die Geldmittel zur Verfügung stellen wird. Welche Erfolge dann erzielt werden können, das zeigt das Beispiel der Volksrepublik China. Aber damit der Hunger beseitigt werden kann, muß erst die Herrschaft der reaktionären Klassen gestürzt und die Volksmacht errichtet werden. Die elende Lage treibt das Volk zur Rebellion und zum Kampf um die Macht.

Und nicht nur in Indien, sondern in allen Ländern Südostasiens wächst der Widerstand der Massen. In Ostbengalen, Birma, Thailand, Malaya, Indonesien, auf den Philippinen usw. entwickelt sich, meist unter der Führung von marxistisch-leninistischen Parteien, der Volkskrieg gegen die Herrschaft der Reaktionäre. Heute erwachen die Völker Asiens und sie haben den langen, schweren Weg des Kampfes betreten, der zu ihrer Befreiung führen wird. ●

MAO TSETUNG

AUSGEWÄHLTE MILITÄRISCHE SCHRIFTEN

„Ausgewählte militärische Schriften von Mao Tsetung" umfaßt 29 militärische Schriften aus den „Ausgewählten Werken Mao Tsetungs", Band I-IV.

S 30,–

Bestellungen an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3